

Berner Zeitung
6. September 2007

Berner Zeitung BZ BZ Stadt Kanton Bern
kein Minarettverbot
SVP und EDU chancenlos

Im Kanton Bern wird der Bau von Minaretten nicht per Gesetz verboten. Der Stadtberner Thomas Fuchs (SVP) hatte dies gefordert. Der Grosse Rat schickte die Motion gestern aber mit 89 zu 42 Stimmen klar bachab.

Für den Stadtberner SVP-Grossrat Thomas Fuchs ist eines klar: «Auch bei der Religionsfreiheit gibt es Grenzen.» Und darum wollte er per Motion erreichen, dass der Kanton Bern den Bau von Minaretten gesetzlich verbietet. Denn stünden einmal die Minarette, würden wohl auch die Rufe des Muezzin bewilligt. So sei es in Deutschland passiert und «in der Schweiz würde es auch so weit kommen».

Verbale Rückendeckung erhielt Fuchs gestern primär von seiner eigenen Fraktion. «Die SVP ist für die Religionsfreiheit, wie sie in der Bundesverfassung verankert ist. Und wir haben auch nichts gegen Moscheen – aber es braucht keine Minarette», betonte Hans Ulrich Gränicher (Bern). Es habe in der Schweiz auch keinen Platz für einen Kopftuchzwang und Burkas. Also plädierte Gränicher dafür, «ein klares Zeichen zu setzen».

«Ein Machtsymbol»

Auf die Seite der Minarett-Gegner schlug sich auch die EDU. Ein Minarett sei nämlich nicht nur ein Bau, sagte Alfred Schneiter (Thierachern), sondern: «Es ist ein Macht- und Eroberungssymbol. Das können wir nicht wegdiskutieren.» Zudem wagte Schneiter den Blick über die Landesgrenze hinaus. Von Afghanistan über Beirut bis nach London «werden wir mit politischem Extremismus, der die Wurzeln im Islam hat, konfrontiert.» Diese Aussage war ein Steilpass für Marc Jost (EVP, Thun): «Die Gefahr des Islamismus ist real.» Auch warnte der Pfarrer des Evangelischen Gemeinschaftswerks vor der Gefahr der Umsetzung der Scharia, der islamischen Rechts- und Lebensordnung – Steinigung bei Ehebruch oder Tod bei der Abkehr vom Islam. Farbe bekennen wollte Jost dann allerdings nicht. Obwohl er sich mit seinem Argumentarium auf die Seite von Fuchs schlug, enthielt er sich letztlich der Stimme.

«Billiger Wahlkampf»

Dann aber hatten die Minarett-gegner in der Debatte ihr Pulver verschossen. Fuchs, seine SVP und die EDU sahen sich verbalem Dauerbeschuss ausgesetzt. Anna Coninx (Grüne, Bern) geisselte das Begehren aus der SVP als «Gift für den religiösen Frieden.» Die Grünen sagten zwar nicht, dass die Integration von Muslimen einfach sei, doch gehe es nicht an, die Schweizer Werte mit Füßen zu treten. Wer dies tue, «handelt höchst unpatriotisch».

Für FDP-Sprecher Hubert Klopfenstein (Biel) war klar, dass die Motion Fuchs so kurz vor den Nationalratswahlen «zum richtigen Zeitpunkt und reisserisch» daherkomme. Doch ein Minarettverbot sei schon allein aus juristischen Gründen nicht möglich. Und der Jurist gab auch zu bedenken: «Die öffentliche Sicherheit ist durch Minarette nicht gefährdet.» Nadine Masshardt (Langenthal) plädierte namens der SP/Juso-Fraktion «für ein friedliches Miteinander der verschiedenen Religionen». Was Fuchs mit seiner Motion praktiziere, sei allein «scheinheiliger und billiger Wahlkampf». Integration heisse auch, so Christophe Gagnebin (SP, Tramelan), «dass die Religion ausgelebt werden darf». Zudem erinnerte Marianne Morgenthaler (Grüne, Richigen) die

SVP daran, «dass wir diese Menschen vor 20 bis 30 Jahren als Arbeitskräfte aus dem Balkan geholt haben».

Mit 89 zu 42 Stimmen bei 13 Enthaltungen schickte der Grosse Rat die Forderung nach einem Minarettverbot im Kanton Bern bachab. Die Fraktionen stimmten fast geschlossen Ja oder Nein. Bei der SVP traute sich nur Fritz Reber (Schangnau) Nein zu stimmen.

Urs Egli

O-Ton

«Diese Motion ist ein Schnellschuss – es hat gekracht, aber mehr nicht.»

FDP-Sprecher Hubert Klopfenstein (Biel) konnte der Forderung nach einem Minarettverbot nichts Positives abgewinnen.

«Wir sind eine christlich-abendländische Gesellschaft, die keine Minarette braucht.»

Das Argument des SVP-Sprechers Hans Ulrich Gränicher (Bern) verhallte im Ratssaal ungehört.

«Die Chefideologen des Islam wollen

unsere Demokratie unterwandern.»

Der Thuner Marc Jost (EVP) warnte vor der «realen Gefahr des Islamismus», doch die Motion Fuchs wollte er dann doch nicht unterstützen und enthielt sich der Stimme.

«Bei vielen Muslimen, die bei uns arbeiten, handelt es sich um jene, die unsere Dreckarbeit verrichten.»

Simon Ryser (SP, Bern) versuchte die Diskussion über Glaubensfragen und Ideologien auf die weltliche Ebene zurückzubringen.